

land die größten Gefahren nicht von irgendeiner Flotte, sondern von einem Luftangriff und von der Abschneidung der Seezuhr durch Unterseeboote. Und gegen diese beiden Angriffsarten bietet Kreuzer keinen Schutz. Der Sieg der Admiralsität in der Kreuzerkriege kann darum nicht ohne einen Einfluss auf die Richtung der englischen Politik bleiben, die gerade für Deutschland verhängnisvoll werden kann.

Die Mehrheit des englischen Kabinetts nicht nur sondern auch der konservativen Partei und mit ihr der größte Teil der öffentlichen Meinung auch der Opposition steht mit keinerlei Bevorzugung auf die wirtschaftliche Krisenlage Englands, die eben durch die Flottenkrisen eine so ernste Bedeutung erlangt. 2½ Milliarden Goldmark Rüstungskosten durch den Staat zu schleppen, ist schon in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur keine leichte Aufgabe. Und man kann es gewiss verstehen, daß das Kabinett in seiner Weisheit angesichts der wirtschaftlichen Depression, die für absehbare Zeit keinerlei Anzeichen einer Besserung erkennen läßt, diese Summe als das Höchstmöglichste bezeichnet, was die Wirtschaft überhaupt zu tragen vermag. Als Folgerung daraus erachtet sich, daß jede Vermeidung der Ausgaben für eins der drei Rüstungsbereiche Flotte, Heer und Luftverteidigung durch Sparmaßnahmen bei den anderen Bereichs ausgeschlossen werden muß. Im übrigen sieht diese Gruppe der Konservativen, die von Churchill, Chamberlain, Mc. Neeley und Garvin geführt wird, die Gefahr mehr durch die französische Luft- und Unterseebootstrachten herausgehen als durch Verwicklungen in Ostasien, wo nach ihrer Ansicht ein Zusammenhang mit Amerika die englischen Interessen sichern kann. Die hinter der Admiralsität stehende Gruppe der Konservativen aber, die die radikal imperialistischen umfaßt, stellt den Verfall des britischen Imperiums in nahe Aussicht, wenn England sich als nicht imstande erweise, aus eigener Kraft Australien und Neuseeland gegen den Ansturm der gelben Rasse zu schützen. Sie fürchtet dabei neben der wirtschaftlichen auch noch eine politische Abhängigkeit von Amerika und will, nachdem sie bereits den Ausbau Singapores als Flottenstützpunkt zu einer riesigen Festung durchgeföhrt hat, die enigmatische Flotte so weit stärken, daß sie zum Schutz des englischen Imperiums ausreicht. Die Voranstellung einer derartigen Politik aber, ohne die sie niemals begonnen werden kann, ist unter allen Umständen die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa, der nur durch weitestgehende Nachahmung seit gegenüber Frankreich in allen europäischen Fragen erlaubt werden kann.

Niemand kann bei uns die ernsten Gefahren übersehen, die der Flottenkrieg der englischen Nur-Imperialisten für Deutschland im Gefolge haben müßt. Das englische Kabinett und das englische Parlament haben sich durch ihre Billigung der Flottenverhüllung der Politik der englischen Admiralsität unterworfen, woraus sich zwangsläufig die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit Frankreich ergibt. Und diese Entwicklung der englischen Politik wird um so zwingender, als es die Befreiung des englischen Staats mit den Flottenausgaben ausgeschlossen erscheinen lassen muß, daß England neben der harten Erhöhung des Flottenetats gezwungen ist, durch höhere Anstrengungen für seine ohnehin schon bedeutend in den Hintergrund gedrangte Kastenwaffe entgegenzustehen. Auch die Ausgaben für die neuen Kreuzer liegt der englische Flottenrat mit 60 Millionen Pfund Sterling schon um 24 Prozent über den Ausgaben von 1918 trotz dem Verschwinden der deutschen Flotte und trotz dem inzwischen eingetretene wirtschaftliche Niedergang Englands. Die Gefahr einer Überspannung der englischen Steuerkraft liegt zu nahe, als daß man sie in England übersehen könnte. Mehr und mehr wird darum England auch aus diesem Grunde auf den Weg des Nachgebens gegenüber Frankreichs europäischen Forderungen gedrängt, und bei dieser Entwicklung der englischen Politik muß die sensationelle Nachricht der der Pariser Regierung nachstehenden "Cité Nouvelle" von einem Austausch der beiderseitigen Interessen auf Kosten Deutschlands in einem ganz neuen Blatte erscheinen. Seit Jahren schon sind wir das Objekt der englisch-französischen Schachergeschäfte gewesen, und dieser Prozeß dürfte sich in noch viel gefährlicherem Umfang fortsetzen. Ein Ausweg aus den Schwierigkeiten würde sich England natürlich durch das Zustandekommen eines englisch-französisch-deutschen Sicherheitspaktes bieten, da er geeignet sein könnte, der französischen Machtpolitik in Europa zunächst ein Ziel zu setzen. Und wenn England bisher schon ein brennendes Interess an dem Sicherheitspakt hatte, so wird es seine Bemühungen jetzt offenbar noch steigern. Für uns kann es aber nicht zwecklos sein, daß dieser Sicherheitspakt um so mehr nach den französischen Wünschen geformt werden muß, je stärker für England der Zwang zur Verständigung mit Frankreich wird. Wir haben also allen Anlaß, uns mit verstärktem Widerstand gegen die französischen Absichten zu wappnen, um nicht ausschließlich die Kosten der künftigen englischen Politik zu tragen.

Die amerikanische Studiengesellschaft als Gäste der Industrie.

Berlin, 31. Juli. Die zurzeit in Deutschland weilende amerikanische Studiengesellschaft des Herrn Sherwood Eddy war am Donnerstag nachmittag vollständig einem vom Vorsitzenden des Reichsverbands der deutschen Industrie veranstalteten Empfang im Hotel Adlon gefolgt. Die erschienenen amerikanischen und die deutschen Gäste wurden in einer längeren Rede von Geheimrat Duisberg willkommen geheißen. Geheimrat Duisberg verglich in seinen Ausführungen die Wirtschaftslage Amerikas vor und nach dem Kriege mit der Deutschlands und wies auf die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten hin, mit denen das deutsche Volk im allgemeinen und die deutsche Wirtschaft speziell zu kämpfen haben. Er sprach die Hoffnung aus, daß es den amerikanischen Gästen gelingen möge, sich ein aufrechtes Bild von der Lage des deutschen Volkes zu verschaffen, und erbat mit herzlichem Dank für die schon geleistete Unterstützung weitere Hilfe, insbesondere für die deutsche Studentenschaft.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede erläuterte Geheimrat Eddy die aus dem Kriege und dem deutschen Währungsverfall für die deutsche Wirtschaft nach ergebenden Konsequenzen und wies im besonderen darauf hin, daß nur durch den Zusammenschluß der europäischen Wirtschaft, durch Weiterarbeit auf dem im Dawes-Plan beschriebenen Wege und durch Belegung der noch aus dem Kriege kommenden politischen Differenzen die europäische Wirtschaft zu retten sei.

Dr. Sherwood Eddy führte in seiner Erwiderung aus, die Amerikaner gäben zu, daß sie auch Schuld am Kriege hätten. Sie bedauerten auf das tiefste, daß die 14 Punkte Wilsons verletzt worden seien. Sie freuten sich, daß Deutschland durch den Sicherheitspakt die Hand zum Frieden geboten habe. Sie wünschten, daß sie viel von Deutschland lernen könnten; sie bewunderten die deutsche Sozialpolitik. Kapital und Arbeit, Arbeitnehmer und Arbeitgeber seien keine Feinde, Amerika glaube an eine Brüderlichkeit zwischen Deutschland und Amerika ebenso wie an eine Brüderlichkeit zwischen Kapital und Arbeit.

Berlin, 31. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute mittag eine Abordnung der amerikanischen Studienkommission unter Führung Sherwood Eddys.

Wellerer Ländereinspruch gegen den Finanzausgleich.

Eigner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Berlin, 31. Juli. Wie wir zuverlässig erfahren, haben neben den süddeutschen Staaten auch die Regierungen beider Medienburg und von Thüringen Einspruch gegen das Finanzausgleichsgesetz erhoben.

Sigismund Goldfaden und seine Geschäfte

Berlin, 31. Juli. Nach wiederholten Verhandlungen gestaltete heute vormittag vor dem großen Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schulze das Strafverfahren gegen den Kaufmann Sigismund Goldfaden aus Wien zur Verhandlung. Goldfaden, der unter dem Namen "Sig" im Sport- und Gesellschaftsleben Wiens und Prags eine große Rolle spielt, hat in Berlin Hochstapeleien in großem Umfang verübt. Er war einst in Wien Rennfahrer, und seine Pferde hatten auf den Rennbahnen in Wien und Prag großen Erfolg.

Eines Tages tauchte er mit großem Gepäck und mehreren Automobilen in Berlin auf, belegte eine ganze Zimmerfläche eines Hotels und wußte geschickt, Beziehungen mit dem Hochadel anzuknüpfen. Er verprach den wenig geschäftsgewandten Herren und Damen großen Gewinn, wenn sie ihm ihren Familienschmuck zum Bombard übergeben. Das Kapital sollte im Auslande angelegt werden.

Bei seiner Verhaftung stand man in seinem Besitz 800 seidene Oberhemden und 100 Anzüge.

In ähnlichen Nahmen bewegte sich seine andere Auskasseierung. Ungefährlich beschloß das Gericht, den Anträgen von Reichsanwalt Dr. Bindt stattzugeben und Goldfaden auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Nachdem Goldfaden mehrere Monate in der Irrenanstalt beobachtet worden ist, wird von neuem gegen ihn verhandelt werden.

Geheimnisvolle Notizen über sozialistische Führer.

Einer vorherigeren Notiz des Sozialdemokratischen Pressebüros.

Berlin, 31. Juli. Der Sozialdemokratische Pressebüro veröffentlichte Aktionen des Bureau Kluge, um nachzuweisen, daß durch dieses Bureau eine Weltumwandlungskampagne organisiert worden sei. Die Aktionen richten sich gegen bekannte Sozialdemokraten, gegen Scheideiman wegen des Aufbaus von Kasseler Straßenbahnaktionen, gegen den früheren preußischen Ministerpräsidenten Hirsh wegen Unterschleiß von Benz in gegen den preußischen Innensenator Severtius wegen Beteiligung an einer Schieberfirma. Es handelt sich um Privatnotizen. Wie das sozialdemokratische Bureau zu diesen Notizen rein private Natur gekommen ist, sagt es natürlich nicht.

Das Wüten des Landauer Franzosengerichts.

Landau i. d. Pf., 30. Juli. Das französische Militärpolizeigericht verhandelte gegen den Landwirt Bengel aus Wimben, der angeklagt ist, die seit dem 18. Februar in seinem Hause für die Belebungbehörde beschlagnahmte Wohnung nicht hergerichtet zu haben. Schon am 18. April war der Angeklagte aus diesem Grunde zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der gestrigen Verhandlung erklärte Bengel, daß Geld zur Herstellung der Wohnung nicht aufzubringen zu können. Der Angeklagte wurde deshalb zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt mit der Bestimmung, daß ihm die Gefängnisstrafe an dem Tage erlassen werde, wo er die instand gesetzte Wohnung der Belebungbehörde zur Verfügung stelle.

Herner verurteilte das französische Militärpolizeigericht mehrere Personen wegen Fahrlässigkeit zu Geldstrafen von 10 bis 45 Mt. (B. L. B.)

Der gefährliche Kinderchor.

Bingen, 31. Juli. Die Besatzungsbehörden haben das für gestern angekündigte Konzert des bekannten Berliner Schwarzenheimer Kinderchors verboten. Der Sängerchor traf im Laufe des gestrigen Tages hier ein, mußte aber wieder abreisen. Der Chor hat in der vorigen Woche in Oberwesel und Kreuznach gesungen. (B. L. B.)

Mittelalter in Polen.

Rom, 31. Juli. Unter der Überschrift "Mittelalter in Polen" wendet sich der "Popolo" gegen die von den Polen gegenüber Deutschland getroffenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen. Das Blatt bezeichnet die Ausweisung der deutschen Österreicher aus Polen als nie erringt und nie barbarisch und bedauert, daß sich Europa in seiner noch immer polenfreundlichen Mentalität gegenüber diesen ungeheuren Rechtswidrigkeiten und gegenüber dieser Arroganz des polnischen Imperialismus gleichgültig verhalte. Sedes Bond müsse die Weise der Menschlichkeit und der Rivilisation erfüllen, und wenn es selbst dieser Pflicht nicht nachkomme, dann müßten andere Staaten es dazu anhalten. Die Ausweisung der Deutschen aus Polen stelle einen Akt dar, gegen den kein Protest im Namen der Kultur und des Rechts eingerichtet werden darf. (L. U.)

Die Wiener Presse zur Räumung Essens.

Wien, 31. Juli. Die Wiener Blätter schenken der Belebung über die Räumung Essens groÙe Beachtung und bringen sie in groÙer Aufmachung. Die "Neue Freie Presse" schreibt: 2½ Jahre hat die Bevölkerung dieses Industrielandes ein Martyrium ohne gleichen und die wirtschaftliche Not einer militärischen Besetzung mitgemacht. Die Überspannung der Gewaltpolitik hat zugleich den entscheidenden Stoß zur Bewegung gegeben. Die Räumung des ganzen rechten Rheinlands ist ein großer Erfolg für die Sache des Friedens. Die volle Freude an der nun erlangten Freiheit kann die arme Provinz freilich angesichts der durchschlagenden wirtschaftlichen Krisen, die sie durchmacht, nur halb empfinden. Alles das sind Folgen des Krieges, aber eine der unmittelbaren und erdrückendsten Folgen ist doch von Deutschland genommen, und mit Deutschland kann ganz Europa den heutigen Tag als einen guten einzzeichnen. Eines der schwersten Gefahrenmomente erscheint nun ausgeschaltet und der Weg in eine bessere Zukunft ist von heute an wieder um ein gutes Stück gefordert.

Der Rhön-Segelzug-Wettbewerb.

Frankfurt a. M., 31. Juli. Unter der Leitung des Rektors der Technischen Hochschule Darmstadt, Prof. Dr. Schlinck, begann heute früh auf der Wasserfläche der Rhön-Segelzug-Wettbewerb. (B. L. B.)